

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

9 (11.1.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 9 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 9.

Karlsruhe, Mittwoch den 11. Januar 1905.

25. Jahrgang.

Sozialer Krieg.

Das Ruhrrevier hängt voll dunkler Wolken. Schon ist der eine und der andere Blitz herabgefallen und der Donner rollt mit jeder Stunde härter. Mit jeder Stunde auch wird es zweifelhafter, ob der Sturm sich noch einmal beschwören lassen wird. Schon ist das Gewitter im Gange; wer es heraufgerufen, das ist schon jetzt keinem Zweifel unterworfen. Es läge gar kein Grund vor zu bestreiten, wenn dem so wäre, daß die Bergarbeiter des Ruhrreviers zur Waffe des Streites gegriffen hätten oder greifen wollten, um ihr unsäglich hartes Los zu erleichtern. Deshalb sollten sie nicht die einzige Möglichkeit benutzen, die ihnen die kapitalistische Gesellschaft bietet, um sich einen bescheidenen Anteil an dem schier unerschöpflichen Dividendenstrom zu sichern, den die rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerksgesellschaften jahraus jahrein in die Taschen latter Vichtstümer ergießen? Wer die Streiks anläßt, der trägt die kapitalistische Gesellschaft an, denn der Streik ist ihr Lieblingskind; er ist die hohe Zauberformel von Angebot und Nachfrage, auf der die „Letzte der Welt“ beruht; er zieht die Ware Arbeitskraft vom Markte zurück, um ihren Preis zu steigern, was dem Besitzer der Ware Arbeitskraft, dem Arbeiter, genau so erlaubt oder nach dem kapitalistischen Begriffe des Selbstinteresses genau so vorgegeschrieben ist, wie den Besitzern der Waren Klasse oder Jüder.

Freilich pflegen Lieblingskinder auch Schmerzender zu sein, und in dem fehlerhaften Kreise, worin sich die kapitalistische Gedankenwelt bewegt, soll den Besitzern der Ware Arbeitskraft doch nicht erlaubt sein, was den Besitzern der Ware Klasse und Jüder erlaubt, ja geboten ist. Denn die Arbeitskraft ist die Ware, die den Wertwert heft, den ganzen Reichtum der bestehenden Klassen, auf dessen Produktion die arbeitenden Klassen nach dem famosen Rechtsdogma der kapitalistischen Gesellschaft die geringsten Entlohnungen haben dürfen. Daher bezieht diese Gesellschaft ihr legitimes Kind mit ihrem Händchen und verachtet den Streik, sobald er die Lebenslage der Arbeiter nur im geringsten zu steigern und den Mehrwert der Ausbeute nur im geringsten zu schmälern droht.

Unter dieser Voraussetzung aber — weshalb sollte es nicht das Recht, ja die Pflicht der Arbeiter sein, die Arbeit einzustellen? Zumal der Arbeiter im Ruhrrevier, deren Lebenshaltung auch nur als eine halbwegs menschenwürdige hinzustellen sogar die kapitalistischen Schönfärber versagen? Aber die Arbeiter wissen, daß die einzige Waffe, die ihnen die kapitalistische Gesellschaft gegeben hat, um sich eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen, eine kräftige, geräuschvolle und zweckdienliche Waffe ist; sie denken gar nicht daran, nach ihr zu greifen, wenn sie nicht einigermassen ihres Sieges sicher sind, wenn die ökonomischen Konjunkturen nicht einmüßig zu liegen, daß die Arbeiter durch das Zurückziehen der Ware Arbeitskraft vom Markte wirklich darauf rechnen dürfen, ihren Preis zu steigern. Darin haben sich die Arbeiter früher oft verrechnet; sie haben viele Streiks verloren, und zwar, bei allen menschlichen und moralischen Ansprüchen der Streikenden, doch ökonomisch mit Recht, da menschliche und moralische Ansprüche keinen kapitalistischen Marktwert haben. Allein im Laufe der Jahre und Jahrzehnte sind die Arbeiter gewöhnlicher geworden, zumal in dem Maße, wie ihre gewerkschaftlichen Organisationen erstarrten; keine Freischaren können wohl in ewigen Schammyeln leben, große Heere müssen erst wagen, ehe sie wagen.

Je vorsichtiger aber die Arbeiter gelernt haben, mit der zweischneidigen Waffe des Streites umzugehen, um so mehr sind ihre Ausbeuter darauf aufmerksam geworden, daß diese Waffe eben zwei Schneiden hat. Je mehr sich die Proletarier hüten, sich an einem hoffnungslosen Streik zu verbünden, um so mehr sind die Kapitalisten auf den ruck- aber leider nicht sinnlosen Gedanken verfallen, sie in hoffnungslose Streiks zu drängen. Sie rechnen damit, daß die Ware Arbeitskraft auch insofern eine besondere Ware ist, als sie sich von Fleisch und Blut ihres Besitzers nicht trennen läßt, als Menschen, die durch raffinierteste Mittel in die Verwertung getrieben werden, zuletzt auch verzweifelte Entschlüsse fassen. Solcher Streiks, die wahrhaft blutige Sackgassen auf den Begriff der bürgerlichen Zivilisation sind, hat der soziale Krieg der Gegenwart schon viele gegeben, und ein neuer Streik dieser Art wird eben von den Kohlenbergwerksgesellschaften im Rheinlande anzusetzen gesucht.

Sie halten die Gelegenheit für günstig, um die Bergarbeiter des Ruhrreviers und deren erstarrenden Gewerkschaften niederzuschlagen. Und von ihrem Standpunkte aus rechnen sie nicht unrichtig. Sie sind durch Kohlenvorräte auf lange hinaus gedeckt und können den Streik länger aushalten, als die Arbeiter; sie können dadurch auch die verhängnisvollen Folgen der Lebensproduktion beiseite lassen, die den Kapitalismus als sein drohender Schatten begleitet. Die hohe Harmonie zwischen Kapital und Arbeit enthält sich dadurch, daß die Kohlenbarone ihren Profit steigern, indem sie mit dem Schmerze nach dem Herzen der von ihnen ausgebeuteten Proletarier spielen. Die Sachlage ist so klar, daß selbst die kapitalistische Presse sie nur noch zu beschönigen, aber keineswegs zu leugnen mag. Sie benutzt natürlich nicht die Gelegenheit, wo sie einmal tafelfähig für die Arbeiter eintreten könnte, ohne deshalb ihrem bürgerlichen Gewissen etwas zu vergeben, ja gerade um ihr bürgerliches Gewissen zu wahren. Aber sie läßt wenigstens zwischen den Zeilen erkennen, daß die rheinisch-westfälischen Bergwerksgesellschaften ein boshaftes, grausames und raffiniertes Spiel treiben.

Die Arbeiterführer des Ruhrreviers tun, was in ihren Kräften steht, um den Ausbruch eines Streiks zu hindern. Das ist ihre Pflicht, deren Erfüllung zu lobens-, wie ihre Verharmung tadelnswert sein würde. Aber wenn ihr Widerstand endlich von den bis aufs Blut genährten Wälfen überannt werden sollte, so trifft auch diese kein Tadel. Es ist ihre Sache, allein zu bestimmen, wo das Ende mit Schreden für sie erträglich zu werden beginnt, als der Schreden ohne Ende. Die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, ihnen helfend beizutreten, wird deshalb nicht geringer; sie wird nur um so dringender, je ungenügender die Ausichten des Kampfes sind. Anders als auf kapitalistischem Markte haben in der proletarischen Welt menschliche und moralische Ansprüche ihre unverfälschten Rechte.

Politische Ueberblick.

* Münchener Karneval.

Der bayerische Liberalismus duckt sich für den Wahltag. Am Sonntag hat er, wie die „Nationalzeitung“ berichtet, die Landtagswahlkampagne im großen Stil eröffnet. Rechtsnationalliberale, Linksnationalliberale, Jungliberale, Wadenstrumpf- und Wasserhahnenfreisinn, Demokratie und Nationalsozialismus, kurzum, der ganze Jammer war da beisammen und acclamirte ein Einigungsprogramm, das als „Wahlprogramm der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns für die Landtagswahl

1905“ jetzt veröffentlicht wird. Vom Standpunkt der trauglücken Reichs- und preussischen Staatsangelegenheiten betrachtet, macht sich dieses bayerisch-liberale Kirchturns- und Eintagsprogramm besonders drollig: es steht nämlich alles darinnen, was der Nationalliberalismus im Reich und in Preußen nicht tut, was man aber in Bayern als ohnmächtige Minderheitspartei ohne Gefahr der Verwirklichung verlangen kann.

Zunächst wird gefordert: „Allgemeines gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, wenn möglich nach dem Grundzuge der Verhältniswahl, sonst auf Grund einer nach alleiniger Maßgabe der jeweiligen Bevölkerungszahl zu bildenden, unparteiischen Wahlkreisverteilung.“

So in Bayern. Im Reich aber haben die Nationalliberalen erst vor zwei Jahren die „nach alleiniger Maßgabe der jeweiligen Bevölkerungszahl zu bildende Wahlkreisverteilung“ einstimmig abgelehnt. In Preußen fällt es ihnen keinen Augenblick ein, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu verlangen.

Dann: „Weitestgehende Durchführung der Öffentlichkeit im Militärgerichtsverfahren.“ So in Bayern. Im Reich aber haben die Nationalliberalen für jene Bestimmung der Strafprozessordnung gestimmt, die die Handhabung des Öffentlichkeitsrechtes völlig in die Hand des höchsten Kriegsherrn legt. Auch hat man im Reich noch nichts davon bemerkt, daß die Nationalliberalen, die unbedingt vollen und ganzen Jäger zu allen militärischen Forderungen für die „rückwärtslose Abwendung von Soldatenmishandlungen“ eingetreten wären. Im Vapernprogramm steht's drin und macht sich wunderlich.

Weiter: „Freie Entwicklung der Simultanen!“ Ei der Tausend! Wer war es doch, der im Mai 1904 mit den preussischen Konservativen das berühmte Schulkompromiß gegen die Simultanen abschloß. War es nicht Herr Sadenberg (natl.), und tat er es nicht im Namen der ganzen preussischen Fraktion? Hat nicht der nationalliberale Parteivorstand dieses Kompromiß nicht begünstigt? Aber bis Bayern reicht es ja nicht! Dort herrscht Karnevalsfreiheit — Hurra!

Und nun höre man erst, was die glücklichen bayerischen Arbeiter alles gefordert — versprochen bekommen und perre recht weit Öhren und Mäuler auf! Also:

„Ausbau der sozialen Einrichtungen auf dem Boden der Arbeitergesetzgebung des Reiches, insbesondere: Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts für alle Arbeiter. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeitskammern. Gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Normalarbeitsstags für die industriellen Betriebe. Forderung der Zertifikatspflichten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Vereinfachung der Versicherungsgebung, Senkung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente. Stimm- und Wahlrecht der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Vergütung öffentlicher Arbeiten. Weitestgehende Berücksichtigung der Sonntagsruhe in allen Zweigen der Staatsverwaltung. Regelung der Urlaubsverhältnisse von Beamten, Bediensteten und Arbeitern. — Schaffung ständlicher Rechtsauskunftsstellen für Arbeiter.“

Und das alles ist ehrlich gemeint und — nationalliberales Ehrenwort! Es ist das beinahe

alles, was — Schweizer, Debel, Liebknecht im Jahre — 1869, dann wieder Debel, Liebknecht, Frißche usw. im Jahre 1877 gefordert haben und was die Sozialdemokratie seit bald vierzig Jahren als die nächsten Aufgaben einer positiven Sozialreform fordert, freilich ohne damit bei den bürgerlichen Parteien viel Gegenliebe gefunden zu haben. Und jetzt verspricht der bayerische Liberalismus das alles auf einmal. Welche Wendung durch Gottes Fügung!

Das wunderbare Mittel ist sich aber, wenn man das Programm noch einmal betrachtet. Der Schlüssel liegt im Titel: „Wahlprogramm der vereinigten Liberalen Bayerns für die Landtagswahl 1905.“ Das Programm gilt also nur für Bayern und auch dort nur — für die Landtagswahl 1905. Ist der Fasching vorbei, so wandert der Fittler wieder in die Kumpfkammer.

Die Sozialdemokratie allerdings wird die Ballphotographie vom Wahlfasching 1905 sorgfältig in ihren Akten bewahren. Es kann nicht schaden, wenn der reichsdeutsche und preussische Nationalliberalismus zu Zeiten daran erinnert wird, wie liberal der Liberalismus gewesen ist — einst! — 1905! — in Bayern!

Aus Baden.

* Sehr wenig befriedigt ist der Karlsruher Merkur-Korrespondent von den Reden, die in der Karlsruher liberalen Versammlung am letzten Freitag gehalten wurden. Herr Ammon schmärmt für den Bund aller Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie. Diese ist ihm der Grund geblieben. Da zurzeit ein solcher Ordnungsakt nicht zumengedrückt werden kann — so viel begreift auch noch der Allernachstpolitiker Ammon — wäre es zum mindesten ratsam gewesen, die Konfessionen, Bauern und Handwerkerbündler und wie die reaktionären Brüder sich sonst noch titulieren, in den Bund der Liberalen aller Schattierungen aufzunehmen. Damit — meint Herr Ammon — hätte man Zentrum und Sozialdemokratie aufs Haupt schlagen können. Es lohnt sich wirklich nicht der Mühe, mit diesem „Politiker“, der einfach unfähig ist, etwas hinzuzulernen, über die taktischen Probleme, die zurzeit Gegenstand der Erörterung bilden, zu polemisieren.

* Das taktische Zusammengehen der Liberalen bei den kommenden Landtagswahlen ist nun beschlossene Sache. Zwar ist über die Einzelheiten des Abkommens noch nichts bekannt geworden, aber über die Grundlagen der zu beschließenden Taktik scheinen die Führer der verschiedenen liberalen Gruppen sich verständigt zu haben. Es fragt sich jetzt nur noch, ob auch die liberalen Wähler der Parole ihrer Führer folgen. Soweit liberale Kandidaten in Frage kommen, dürfte der Parole Folge gegeben werden. Anders sieht es, wenn die liberalen Wähler vor die Entscheidung zwischen einem Kandidaten der Sozialdemokratie und einem solchen der Reaktion gestellt werden. In diesem Punkte sind sich selbst die Führer der liberalen Parteien noch nicht einig. Die Demokraten haben ihren Standpunkt klar und deutlich präzisiert. Die Freijünglinge gehen aber um den Kern der Sache noch herum, wie die Kluge um den heißen Brei, und die Nationalliberalen gar dünken sich noch viel zu nobel, im Kampf gegen die Reaktion dem Proletariat die Hand zu reichen.

Herr Müller-Meinungen meinte, wenn unsere deutschen sozialdemokratischen Führer die Taktik eines Jaures, eines Turati befolgten, wäre es besser. Herr Müller-Meinungen sollte als Poli-

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.
Von Wilhelm Voss.

(Fortsetzung.)

Auf dieses einmütige Jagdschloßchen zog sich Fürst Erich mit Lolo zurück, um die Laufzeit und Späher und das Fischeln und Tuscheln los zu sein. Auch Lolo war für einige Zeit mit dieser Veränderung einverstanden, und sie so te, in dieser Einsamkeit den liebgeleitenden Souverän mit unauflösbaren Rosenketten an sich zu fesseln.

Der Adel sah's mit Unglimm, aber weder der Fürst noch Lolo kümmerten sich darum, auch nicht darum, daß gerade am Tage der Adresse die Kunde von der Pariser Revolution und vom Sturze Louis Philipps eintraf. Serenissimus stutzte, aber Lolo meinte: „Ach was, die Franzosen müssen von Zeit zu Zeit eine Revolution machen.“

„Aber wenn die Deutschen es ihnen einmal nachmachen?“ fragte der Fürst mit unwillkürlicher Stirne.

Lolo lachte laut auf.

„Die Deutschen!“ rief sie. „Das sind keine Revolutionäre, die werden lieber Postleuten.“

Serenissimus geruhte diese Bemerkung sehr gut zu befinden und zu belachen. Und so fuhr man nach dem nach dem Ludwiger Jagdschloßchen hinaus, nachdem der Fürst noch den Befehl erteilt hatte, ihn nur in den allerdringendsten Fällen mit politischen Dingen zu belästigen.

Die ersten Tage verfloßen ruhig; Zeitungen wurden nicht gelesen, und die fürstliche Jdule spielte sich ganz nach den Wünschen der Beteiligten ab.

Um möglichst ungestört zu sein, hatten Serenissimus nur wenige Dienerschaft mitgenommen. Lolo's Kammerfrau, die getreue Martha, war als Krank in der Stadt geblieben; wahrscheinlich wollte sie sich Gelegenheit verschaffen, ihre Zusammen-

künfte mit dem neuen Geheimrat Weesemeyer auch möglichst ungestört abhalten zu können. Der Fortgeschickte Leberfeld hatte den Umkreis des Schloßchens zu überwachen, damit sich umhertreibendes Volk dort keinen Anflug anrichte; desgleichen hatte er den Fürsten auf die Jagd zu begleiten. Er hoffte, zum Formmeister zu avancieren und von dort noch weiter. Die Kammerfabe, die er heiraten sollte, war auch im Schloßchen, denn der Fürst wünschte im Stillen die Beiden zusammenzubringen. Man sagte der Kammerfabe nach, daß sie die abgelegte Geliebte eines hohen Herrn sei.

Es begannen in den deutschen Landen schon die Märzstürme zu brausen, aber im Schloßlein bei Ludwiger verpürte man sie noch immer nicht. Da es war an einem der ersten Märztage, brach das Verhängnis herein, unversehens, aus geringfügigem Anlaß hervorwachsend und laminierend anjauwollend.

Glühendrot stieg an einem schönen Märzorgen der Sonnenball hinter dem Kamm des Waldgebirges empor und färbte die Wäldchen am Morgenhimmel wie mit blutigen Schein. Der Schächer auf der Wiefe drüben, der eben aus seiner Hütte hervortrat, sah nachdenklich zu dem blendenden Farbenpiel empor — schwante auch ihm nichts Gutes? Sah er schon die Flammen der Revolution, welche die Paläste verzehren? Erich und Lolo sahen sie jedenfalls nicht, denn sie schlummerten noch tief.

Am 11. März regte sich's leise und der Fuchstopp des Fortgeschickten Leberfeld kam zum Vorschein hinter den Larusgeheden, welche das Schloßchen umgaben. Er war zur Jagd gerüstet und hatte einen Dachsband bei sich. Unruhig blickte Leberfeld hin und her, als erwartete er jemanden. Und es dauerte gar nicht lange, so kam auch dieser Jemand. Man sah ein helles Gewand durch die Federn und Laubgänge schimmern, und süchtigen Fußes kam sie dahergehüpft, Betty, die Kammerfabe, die der schönen Anna, der Tochter des Bauern Hartmann in Ludwiger, so viel Serge-

leid verursachte. Die Begrüßung der beiden war sehr zärtlich, und die hübsche, aber auch frivol und etwas ordinär sich gebende Betty erklärte, sie werde ihren Bräutigam ein Stück begleiten, denn sie wollte nach einem einsam liegenden Bauernhofs, wo sie ihr Kind in Pflege gegeben hatte.

Dem Leberfeld war's eben recht; sie hing sich an seinen Arm und schäntend schritten sie in den Wald hinein. Da stuzte der Hund und schlug an; weder Leberfeld noch Betty, die sich gerade zärtlich die Hände drückten, achtete darauf. Ein Neuschsprang hervor und schlug mit einem Prügel den Dachsband nieder, daß dieser wie tot dalag; zugleich ward Leberfeld, ehe er seine Wäsche von der Schulter nehmen konnte, von einer eisernen Faust im Nacken gestoß und niedergeboren. Dabei entlief sich die Wäsche und der Schuh halbe schmetzend durch die morgendliche Stille des Waldes. Zwei Angreifer, wahrer Dämonen in Bauerntut, machten sich über den schäumenden und knirschenden Leberfeld her, entrißen ihm Wäsche und Dachsband und warfen beides in den nahen Teich; zügelig begannen sie, den Fortgeschickten mit ihren dicken Prügeln zu bearbeiten, so daß dieser ein klägliches, langgezogenes Jammergeschrei ausstieß.

„Lump, infamiger!“ schrie der alte Hartmann aus Ludwiger, denn er und sein Sohn waren es, die den Leberfeld ausgeführt, „dir wird man es austreiben, Bauerntöchter zu verschlimpfen!“ Und dabei schlugen sie auf ihn ein, als sollte ihm kein Knochen im Leibe ganz bleiben.

Betty, der Kammerfabe, ging es indessen nicht minder schlecht, denn die Anna Hartmann, eine robuste Bauernmädchen, hatte sich auch in den Hinterhalt gelegt und fiel nun mit aller But, die in einem solchen Fall denkbar ist, über die falsche Kammerfabe her. Sie riß ihr den Hut ab und zerlöste ihre künstliche Frisur; dann bearbeiteten sich die Gequertenen mit Nägeln und Fähen und wälzten sich miteinander ringend auf dem Boden, wobei sie beide ihre Toilette gänzlich derangierten

und bald ein meiser Strumpf Betty's, bald ein roter Strumpf Annas zum Vorschein kam. Betty schrie jämmerlich um Hilfe.

Gerade jetzt war Lolo aus Fenster getreten, um ihr heißes Anlitz in der Morgenfrische zu küßeln. Sie vernahm den Lärm der Prügelei und die Hilferufe der Leberfeldenen. Ohne sich lange zu bestimmen, warf sie sich in ein Morgengewand, ergriff eine an der Wand hängende Pistole und eine Reispfanne und stürzte hinaus, die Treppe hinauf und dahin, woher der Lärm und die Hilferufe kamen. Das lag so in ihrer Natur; da war irgend etwas los und sie mußte mit dabei sein. Als sie auf dem Kampfplatz erschien, wurde sie von den beiden Hartmann erst gar nicht bemerkt, so eilig bearbeiteten diese das Gefäß des unglücklichen Leberfeld mit ihren Prügeln. Da hieb Lolo mit ihrer Reispfanne dem alten Hartmann von der Seite her in das Gesicht, daß sich alsbald ein blutroter Streif über die Wangen zog. Der Bauer ließ einen furchtbaren Schrei aus; er sprang empor, sein Sohn desgleichen. Leberfeld aber benutzte den Moment, sich hinter Lolo zu schüttern, wußte sich auch die halbnaekte Kammerfabe flüchtete, die von Anna gleichfalls losgelassen worden war. Sie ließ den größten Teil ihrer Toilette auf dem Kampfplatz liegen.

Der alte Hartmann war wie toll vor Schmerz und But.

„Warte du —!“ brüllte er und drang mit hochgeschwungenem Knüttel auf Lolo ein. Diese hob die gepannete Pistole.

„Zurück, oder ich schieße dich nieder wie einen tollen Hund!“ rief sie, die Waffe auf den Bauer richtend.

Hartmann wich fluchend zurück; in diesem Augenblick erschien, vom Lärm herbeigerufen, Fürst Erich.

„Was gibst?“ rief er streng.

„Man prügelt die Leute Er. Durchlaucht!“ rief Lolo.

(Fortsetzung folgt.)

Wir wissen, daß die Taktik jeder politischen Partei nach den politischen Verhältnissen richtet, und daß es deshalb ganz unmöglich ist, daß in Deutschland die Sozialdemokratie eine jaureistische Taktik befolgen kann. Die deutsche Sozialdemokratie würde damit sich selbst, dem politischen und sozialen Fortschritt einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Es ist nicht die Schuld der Sozialdemokratie, daß in Deutschland die politischen Zustände so sehr im Argen liegen. Das ist die Schuld des Liberalismus. Man betrachte doch nur den Nationalliberalismus. Die allerjüngsten Reaktionen, sowohl auf politischen, wie auf geistigen und sozialem Gebiete zählt er zu seinen Anhängern. Was will es da heißen, wenn jetzt in Baden einige liberale Führer den Kampf gegen die Reaktion selbst die Reaktion förmlich um Unterfütterung anbestellen. Der Liberalismus ist doch nicht der Feind jeder Reaktion. So töricht ist die Sozialdemokratie nicht, deswegen, weil jetzt die Müller-Meinungen, o tutti quanti in lauten Worten den Kampf gegen die Reaktion verkünden, ihre Segel einzuziehen und sich von dem liberalen Schiff ins Schlepptau nehmen zu lassen. Der Sozialdemokratie war es im Kampf gegen die Reaktion allezeit heiligster Ernst. Trotzdem sie von den liberalen Parteien bei den meisten Stichwahlen schmachlich im Stich gelassen wurde, hat sie dem Liberalismus immer wieder auf die Stirn gestrichelt. Um so annähernder klingt es, wenn jetzt Herr Müller-Meinungen — der Vertreter derjenigen Partei, die noch bei den letzten preussischen Landtagswahlen Heber ein Duzend der schlimmsten Reaktionen dem einen einzigen Sozialdemokraten ins preussische Dreiklassenparlament einzulegen ließ, sich auf ihre hohe Noß setzt und über die „reaktionäre Sozialdemokratie“ alte Kadenzfäden deklamiert.

Uns soll's recht sein, wenn es unsern Liberalen mit dem Kampf gegen die Reaktion einmal ernst ist. Aber wir sind da große Pessimisten und wir haben guten Grund, es zu sein. Die Sozialdemokratie geht ihre eigenen Wege, weil sie diese gehen muß. Wo es den Kampf gegen die Reaktion gilt, steht sie immer in vorderster Reihe. Wir brauchen dazu weder eine Unterstützung, noch irgendwelche Anweisungen. An den liberalen Frühling, den Herr Dr. Müllers verkündete, glauben wir einstweilen noch nicht. Da müssen sich die Nationalliberalen noch ganz bedeutend bessern, ehe es „Frühling“ werden kann. Borekri sieht es ganz darnach aus, als ob ein reaktionärer Winter im Anzuge wäre. Der politische Horizont hängt voller dunstiger, schwarzer Wolken. Vielleicht — wir haben diesen Gedanken schon wiederholt Ausdruck gegeben — daß nur ein schweres Gewitter die politische Situation klärt und unsern Nationalliberalen das Verständnis für die Aufgaben des wahren Liberalismus beibringt. Die kleine Besserung, die wir jetzt da und dort bei unsern badischen Nationalliberalen wahrnehmen, war auch nur das Resultat der Kämpfe, die in den letzten Jahren gegen den Nationalliberalismus geführt werden mußten. Nicht aus sich selbst heraus sind die Herrschaften etwas vernünftiger geworden, sondern durch die Schläge, die sie bekommen haben. Wir wünschen es nicht, daß dieses Rezept nochmals zur Anwendung kommt. Aber wenn's nicht anders geht, bleibe nichts anderes übrig. Wenn die Liberalen der verschiedenen Richtungen sich über die Stellung zur Sozialdemokratie nicht einig werden können, dann müssen sie ihrer Sache mehr, wenn sie unsere Partei aus dem Spiele lassen, anstatt alte verstaubte Kadenzfäden auszusprechen und wenn sie sich zunächst einmal über ihre eigenen positiven Aufgaben klar zu werden versuchen.

*** Freischien eines Herkapsans vom See!** Man schreibt uns aus Leichterfeld: Unter der Spitzmarke „Wer ist schuld“ sucht in der „Freien Stimme“ Nr. 5, dem Organ für „Wahrheit, Freiheit und Volksverdummung“, ein Dorfpapstlein den liberalen Lehren eines anzuhängen. Der bekannte § 49 der Schulordnung muß zu diesem Zwecke herhalten. Wie wenig es dem Herrn für „Wahrheit und Volksverdummung“ darum zu tun ist, die Sachen so zu berichten, wie sie sind, zeigen die fettgedruckten Stellen jener Schmiere. Man muß sich unwillkürlich fragen, was meint denn so ein Dorfpapstlein eigentlich? „Wahrheit“? „Wahrheit“ ist die Zeit der Freyeprozesse heraufbeschwören zu können, um jene „Freier“ auf dem Scheiterhaufen zu schmoren! Wer ist es eigentlich, der den ganzen Kummel in der Hand hält? Wer anders als jene Heftblätter, jene Katenzblätter, bei deren Anblick Christus wohl unwillkürlich fragen würde: „Sind das meine Jünger von heute?“

Nachdem das Dorfpapstlein Vorschläge gemacht hat, wie dem § 49 abzuhelfen sei, kommt er zu der Frage, die Lauchitz herbeizubringen geeignet scheint. Er fragt nämlich: „Wie kommt es, daß wir gegenwärtig eine den religiösen Forderungen so wenig Rechnung tragende Schulordnung haben?“

Seit, wo es sich die Spägen von den Dächern fließen, das Zentrum Trunpff ist, so eine lächerliche, dumme Frage! Die Schulordnung, die sogar den Schullehrerdienst der Mittelschulen ins Stundenkontingent rechnet! Und verehrtestes Dorfpapstlein, steht nicht in dem Stundenplan einer jeden Klasse der Volksschule 3 Stunden Religion bezeichnet und noch eine halbe Stunde religiöser Gesang? Dabei haben die Klassen nur 16 Stunden Unterricht im ganzen und 3/4 davon sind der Religion gewidmet und da will der Mann der „Wahrheit“ davon sprechen, es würde den religiösen Forderungen zu wenig Rechnung getragen!

Noch mehr aber muß man erfragen über die Antwort, die sich jener „Jünger von heute“, zurecht legt. Er antwortet: „Meines Erachtens ist daran nicht die Oberschulbehörde und das Unterrichtsministerium in erster Linie schuld, so wenig diese Faktoren an der Aufhebung des sogenannten Organisationszwanges und an der Entbindung der Lehrer von der Verpflichtung der Kinder im Gottesdienste schuld sind. Die Schuld trifft vielmehr die hinter der liberalen Lehrpresse liegende liberale Bekehrerschaft.“

Für diese Anerkennung besten Dank! Für die Lehrer kann dies nur der Ansporn sein, noch eifriger und intensiver ihre Forderungen zu stellen, unbekümmert um das Gegeißel ihrer „schwarzen Freunde.“

Aber man droht und fordert auch, indem der „Apfel“ in die Worte ausbricht: „Die jetzigen Bestimmungen müssen eine betrübende Veränderung erfahren. Die Klagen des Klerus dürfen bis dahin nicht verstummen. Wir sind auch noch da und wollen sehen, ob unsere berechtigten Forderungen und Wünsche nicht dieselbe Beachtung finden als die Forderungen der Bekehrerschaft.“

Also der Mann des „Nachtes“ verlangt, daß

keine Forderungen erfüllt werden müssen und denkt, jene der Lehrschaft bleiben ad aet. Sehr erfreulich ist ja das Zugeständnis, daß der Klerus nicht schweigt und nicht ruht, bis seine Schulforderungen erfüllt sind. Das bezieht sich natürlich nicht nur auf den § 49, nein, man wartet bis zur geeigneten Zeit, um gegen unsere Simultanschule zu lauten. Und da ist es doch gut, wenn so ein dides Dorfpapstlein wieder einmal sein Geißel trübendes „Mündchen“ aufhut und Farbe bekennt.

Wohlan, wir nehmen den Kampf mit jenen schwarzen Gehäpsten auf. Wir wollen — da ja auch unser Schulprogramm noch um ein beträchtliches freiheitlicher ist, als jenes der liberalen Lehrer — auch laut fordern, daß man unsere Schulforderungen erfüllen muß. Das Dorfpapstlein mag aber seine Jesuitentüfte ruhig im See ertränken, denn wegen dessen dreht sich Mutter Erde doch, und die gute, alte Zeit der Inquisition ist vorbei.

Deutsches Reich.

*** Unverschämte Gezeren.** Der national-liberale Vizepräsident des Reichstags, Herr Pasche, hat in einer Wählerversammlung zu Kreuznach erzählt, Deutschland sei in den letzten Wochen der Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit England viel näher gewesen, als es sich viele hätten träumen lassen. Es wäre jedoch der deutschen Diplomatie gelungen, die Gefahr zu beseitigen, aber erst nach Lieberwindung großen Schwierigkeiten.

Diese bloßförmige Äußerung sollte offensichtlich dem hochpatriotischen Zweck dienen, für eine neue Flottenverleumdung Stimmung zu machen, mußte aber aus höheren Rücksichten trotz ihres löblichen Zweckes von der „Nordd. Allg. Ztg.“ demontiert werden. Diese Gefahr bestand in ein paar albernem Artikel, die von der „Army and Navy Gazette“ und dem „Nautical Fair“ veröffentlicht worden sind. Die „Berliner Zeitung“ will übrigens wissen, daß die deutsche Diplomatie tatsächlich in London wegen dieser deutschfeindlichen Artikel vorstellig geworden sei, sich aber — wie selbstverständlich — ungehörig die Antwort geholt habe, in England dürfe jede Zeitung schreiben, was sie wolle. Die deutsche Diplomatie scheint also England — mit Rücksicht auf die dortigen Verhältnisse — mit Erlaubnis der Zensur wüßte Gehörlichkeit gegen Deutschland veröffentlicht werden, von wo aber noch nie die Kunde kam, daß die deutsche Regierung dagegen irgendwelche Vorstellungen gemacht hätte. Wäre die „Berliner Zeitung“ recht unterrichtet, dann hätte die deutsche Diplomatie mit ihrem plumpen Eingreifen einen unvergleichlichen Fehler begangen. Die ganze deutsch-englische Heße ist ein Gangbalspiel, das von den Militärsatelliten gehalten wie drüben mit Eifer gespielt wird, und dem ein Ende zu machen beide Völker alle Ursache haben.

Die Vorschläge am 1. Dezember 1905 soll mit Rücksicht auf die für das Jahr 1907 in Aussicht genommene Verfassung und Vertriebszählung nach ihrem Umfang erheblich eingeschränkt werden. Alle Voraussetzungen nach wie vor, wobei die Frage nach dem Geburtsort, die in zwei Jahren bei der Berufszählung gestellt werden soll, noch die Frage nach dem Wohn- und Arbeitsort, nach der Muttersprache und nach den Gebrechen gestellt werden. Dagegen besteht die Absicht, die bereits im Jahre 1895 in das Erhebungsformular aufgenommene Frage nach der militärischen Ausbildung der landsturmpflichtigen Männer im Alter von 30 bis 45 Jahren in diesem Jahre zu wiederholen. Aber nicht nur nach dem Umfang der Erhebung, sondern auch nach der Art der Verarbeitung des Materials wird die diesjährige Volkszählung eine sogenannte kleine Zählung sein. Wie die „Köln. Ztg.“ von unterrichteter Seite erfährt, ist in Aussicht genommen, die Fragen nach dem Geburtsort und Geburtsjahr, nach dem Beruf und der Berufszählung sowie nach dem Familienstand — Fragen, die bei der bevorstehenden Zählung der Kontrolle wegen gestellt werden — nicht zu betreiben.

Ausland.

Frankreich.
Für die Kammerpräsidentenschaft haben die Gegner des Kabinetts Combes den radikal-republikanischen Doumer als Kandidaten aufgestellt. Es heißt, daß Ministerpräsident Combes in der Wahl Doumer's seine schwere persönliche Niederlage erleiden, an die noch in der Provinz weilenden ministeriellen Deputierten telegraphisch die Aufforderung gerichtet habe, sie sollen sich für geistigen Ergründung der Kammer kommen. Die Organe des Bloks erklären, Doumer setze durch diese Kandidatur dem Verrat, den er schon lange an der radikalen Partei verübt, die Krone auf. Die nationalförmlichen Wähler fordern die Parteigenossen auf, einmütig für Doumer zu stimmen, da seine Wahl zu dem baldigen Sturz des Ministeriums Combes führen müsse. Die bisshen radikalsten Wähler sagen, die Kandidatur Doumer's sei durchaus kein Akt persönlicher Feindseligkeit gegen Doumer, nur das Ministerium solle dadurch getroffen werden.

Spanien.
Ministerwechsel. Das Radikalisches des Ministers des Innern, Sr. Sr. Miras, wird, wie aus bester Quelle bestätigt wird, angenommen werden. Sein Nachfolger, Herr Wite, wird den Vorsitz im Ministerium behalten. Wite bestätigt, daß er jetzt die Leitung der inneren Politik übernimmt.

Spanien.
Sozialdemokratische Partei Spaniens im Jahre 1904. Hart, aber erfolgreich war die Arbeit, auf welche die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens im vergangenen Jahre zurückblicken kann. In keinem anderen Jahre ihres Bestehens hat sie so bedeutende Erfolge zu verzeichnen gehabt, als im Jahre 1904. Die Propaganda ist äußerst wirkungsvoll und lebhaft betrieben worden. Die sozialistischen Ideen wurden bis in die kleinsten Ortshäuser verpflanzt, wo man den Sozialismus bis dahin kaum dem Namen nach kannte. Die Anhänger, die infolge zweier großer Propagandareisen in Andalusien und Castilien der Partei zugeführt wurden, belaufen sich auf über 40 000, darunter 35 000 Landarbeiter. Der Erfolg dieser Propaganda muß daher als über alles Erwarten vorzüglich bezeichnet werden. Daß die Mitarbeiter der spanischen Arbeiterpartei, namentlich Madrider, im vergangenen Jahre alle früheren an Großartigkeit und Bedeutung bei weitem übertrifft hat, mußte selbst die bürgerliche Presse zugeben. — Eine zielbewusste Agitation wurde nach zwei Seiten hin in Szene gesetzt. Einmal gegen die unerhörten Hebergriffe seitens der Behörden und Arbeitgeber,

die mit gutem Erfolge durchgeführt wurde und in zweiter Linie gegen die Privaterteuerung, die zwar noch nicht beendet ist, doch aber gute Erfolge verspricht. Den Streikenden während des verflohenen wurde die moralische und materielle Unterstützung der gesamten Arbeiterpartei in weitestem Maße zu teil und hat diese erfreuliche Solidarität nicht zum geringsten zu der siegreichen Beendigung des großen Streikens in Dejar beigetragen. — Auch bedeutende politische Triumphe hat die sozialistische Partei im Jahre 1904 zu verzeichnen. Einmal die Wahl von Arbeitern in das Institut für soziale Reformen und in zweiter Linie die Durchbringung des Gesetzes der Sonntagsruhe. — Die sozialistische Jugend, die sich mit wachsender Eifer der Verbreitung der sozialistischen Lehren anlegen sein läßt, zählt bereits 70 Gruppen mit mehr als 3000 Mitgliedern. Schon aus diesen Zahlen kann man die gewaltige Zunahme der sozialistischen Partei erkennen. Zum Schluss sei noch erwähnt, daß die Taktik der Partei streng nach dem auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Amsterdam gefassten diesbezüglichen Beschlüssen durchgeführt wurde.

Aus der Partei.

Das internationale sozialistische Bureau tritt am Sonntag den 15. Januar in Brüssel zusammen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Der nationale Kongreß über den Amsterdamer Kongreß; die Abstimmungsartikeln über den internationalen Kongreß; die Beschlüsse über die bei dem Bureau anzulassenden Nationalitäten.

Soziale Rundschau.
* Vom sozialen Krieg im Ruhrrevier liegen folgende neue Meldungen vor:
Bochum, 10. Jan. Im Bochumer Revier sind nach offizieller Bestätigung ausfindig: Die Bergarbeiter von Karl Friedrich, Friedrichs Nachbarn, Saater Mulde, im Dortmund Revier: Freie Vogel, Gneisenau, Brechen. Ausfindig sind weiter: Bollmond bei Langendreer, Gärtenberg, Minister Stein, Schleswig-Golstein, Schürden, Charlotte und Freiberg, auch Reumühl.
Bochum, 10. Jan. Die momentane Zahl der Streikenden beträgt 24 000. Auf der Zeche Bruchstraße sind infolge der Anbahnung von Arbeiterverträgen 15 Mann wieder angefahren. Stimmes hat jede Einigung abgelehnt.

ac. Ein Kartell der schweizerischen Baumwoll-Industriellen hat sich mit Beginn dieses Jahres konstituiert. Zweck der Vereinigung ist gegenseitige Unterstützung über die Verhältnisse des schweizerischen Garntarbes, Verhängung des Verkaufspreises oder festzulegender Mindestpreise. Die Vereinbarung wurde unterzeichnet von 29 Schweizerien, die zusammen im Besitz von über 500 000 Spindeln sind.
ac. Der Streik der Rheinberger Arbeiter im Süden Frankreichs dauert noch an mehreren Orten fort. So sind die Arbeiter in Venencia und in Pontols noch immer ausfindig und verlangen die Wiedereinstellung ihrer gemahregelten Kameraden. In letzterem Orte ist es vor einigen Tagen zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Gewerkschaften und den Streikenden gekommen. Der Bürgermeister verbot alle Umzüge und alles Zusammengehen von mehr als drei Personen.
ac. Der Eisenarbeiterstreik von Alicante ist beendet. Die Streikenden haben die Arbeit nach den früheren Verhältnissen wieder aufgenommen, während die Regierung die Organisation der Eisenarbeiter anerkennt.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 9. Jan. Schwurgericht.

1. Unterbringung im Amt.
In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Schwurgerichts stand die Anklage gegen den Buchhalter Hermann Lang aus Lintheim wegen erschwerter Unterbringung im Amt zur Verhandlung. Den Vorsitz führte wiederum Kammergerichtsdirektor Dr. Ellert. Die große Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Breiber, die kleine Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Lang in den Händen des Rechtsanwalts Kraeger.
Nach der erhobenen Anklage hat der 29 Jahre alte Angeklagte zuerst als Gehilfe, dann als Buchhalter bei dem hiesigen Hauptsteueramt in der Zeit von Oktober 1903 bis Juli 1904 Gelder, die er für die von ihm geführte Gerichtskostenkasse in amtlicher Eigenschaft veremahmt, im ganzen etwa 8000 M., unterschlagen und für sich verbraucht und mit Bezug auf diese Veruntreuungen in die Register und Gehollen der Kasse unrichtige Einträge gemacht. Der Angeklagte war vollkommen geständig. Nach seinen heutigen Erklärungen auf die Anklage hat Lang eine gute Schulbildung genossen und war nach Verlassen des Realgymnasiums in den Steuerdienst getreten. Er wurde 1897 beim hiesigen Hauptsteueramt als dritter Gehilfe mit Beamtengehalt angestellt. In den Jahren 1898/99 diente Lang als Einjährig-Freiwilliger. In jener Zeit brauchte er ziemlich viel Geld und kam dadurch zu Schulden, die ihm manche Unannehmlichkeiten bereiteten. Da seine vorgelegte Behörde von diesen Dingen erfuhr, wurde Lang von dieser veranlaßt, ein Verzeichnis seiner Schulden einzureichen. Dasselbe betrug 1900 etwa 2400 M. Lang wurde dann im Laufe der kommenden Jahre im Soldatendienst in Mannheim, Karlsruhe und Eingen verwendet und Anfangs 1903 hierher verlegt. Er kam hier zum Hauptsteueramt und es lag ihm zuerst als erster Gehilfe und vom 9. Juli 1904 als etatsmäßiger Buchhalter die Führung der Gerichtskostenkasse ob. Als Gehilfe bezog der Angeklagte einen Gehalt von 1800 M., der sich mit seiner Ernennung zum Buchhalter auf 2100 M. erhöhte. Die Verhältnisse des Lang hätten sich nun bessern können, wenn er nicht das Opfer einer unglücklichen Liebesleidenschaft geworden wäre. Er hatte im April 1903 eine Kellnerin kennen gelernt, mit der er eine Bekanntschaft anknüpfte, die ihm, wie er angab, viel Geld kostete. Da er nicht über genügende Mittel verfügte, griff er in die Kasse und zerstörte sich damit seine so ausgedehnt begonnene Beamtenlaufbahn. Der Angeklagte erklärte, daß seine Zuneigung zu seiner Geliebten für ihn eine Leidenschaft geworden sei, gegen die auch die ersten Mahnungen seiner Angehörigen und Freunde nichts gerichtet hätten. Das Mädchen habe ihn vollständig beherrscht, und er hätte dadurch jeden moralischen Halt verloren.
Am 1. August v. J. sollte der Angeklagte eine achtwöchentliche militärische Übung machen. Dies brachte ihn auf den Gedanken, aus den unglücklichen Verhältnissen in die er geraten war und deren Aufhebung jeden Tag erfolgen konnte, zu entfliehen. Er verließ mit einem Betrag von etwa 800 M., am 31. Juli nach Belgien, dann nach London und von dort wieder auf den Kontinent zurück nach der Schweiz, wo er sich zuerst in Zürich und dann in Genf aufhielt. Von Genf aus schrieb der Angeklagte einen Brief an seine hiesige Geliebte, wodurch der Behörde der Aufenthalt des Lang bekannt wurde. Dasselbe veranlaßte seine Festnahme und spätere Auslieferung.

Die Geschworenen sprachen Lang im Sinne der erhobenen Anklage schuldig unter Zustimmung mildernder Umstände. Der Schwurgerichtsrat erklärte gemäß dieses Verdictes gegen den Angeklagten auf 1 Jahr Gefängnis.

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 11. Jan.
Der sozialdemokratische Verein hält heute (Mittwoch) Abend im Wöhrlein'schen Saale seine Generaterversammlung ab. Diese Versammlung ist von großer Wichtigkeit, da neben dem Bericht des Vorstandes und der Neuwahl desselben auch die Stellungnahme

zur Kandidatenfrage für die Landtagswahl und die Stellungnahme zur Stadtwahlentscheidung auf der Tagesordnung stehen. Die Parteigenossen sollten es sich zur Pflicht machen, diese wichtige Versammlung zu besuchen. Es gilt jetzt, mit aller Energie die Vorbereitungen für die kommenden Wahlen in Angriff zu nehmen. Wer es mit seinen Parteipflichten ernst nimmt, der muß heute Abend in die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins.

* Eine Unverschämtheit sondergleichen befindet der hiesige „Reobachter“, das Organ für Wahrheit und Recht“ wieder einmal anlässlich der Beendigung des Schleiferstreiks. Am Montag brachte er folgende Notiz:
„Der Schleiferstreik mußte vorige Woche als erfolglos aufgehoben werden, nachdem schon vor einiger Zeit die ausfindigen Arbeiter, aus denen die Streikenden bis dahin ihre Unterfütterung bezogen, die Zahlungen eingestellt hatten.“

Katholik war das gelogen. Die Streikenden haben wie im Anfang so auch bis zum Schluss die gleiche Unterfütterung, und zwar aus ganz den gleichen Quellen, keine Klasse hat die Zahlungen eingestellt, im Gegenteil, zu Weihnachten und Neujahr wurden den Streikenden Zuschüsse zu der regelmäßigen Unterfütterung ausbezahlt. Das Streikkomitee der Schleifer sah sich veranlaßt, auf die verlogene Notiz hin dem „Reobachter“ folgendes mitzutun:

„Der Schleiferstreik mußte nicht aufgehoben werden, weil es an Geld zur Unterfütterung der Ausfindigen fehlte, sondern weil sich von auswärts Arbeitswillige eingestellt haben. Die statistische Unterfütterung wird auch jetzt noch an die ausgeperrten Arbeiter ausbezahlt.“

Der „Reobachter“ drückt die Nichtigstellung auch ab, obendrein aber schreibt er folgendes:
Der Schleiferstreik beendet. Nach einer Mitteilung des „Vollstreckers“ fand am letzten Donnerstag in der Restauration Wöhrlein eine Versammlung der streikenden Schleifer statt, in welcher beschlossen wurde, den Streik als für beendet zu erklären und die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Der Grund dieses Beschlusses wird nicht angegeben; jedenfalls fehlt es an Mitteln, um die Streikenden zu unterfüttern. Die „freien“ Gewerkschaften würden aber weit besser daran tun, keine Beiträge aus der Gewerkschaftskasse an die politische Parteikasse als Basisfond abzuleiten, sondern das von ihren Mitgliedern immer verdiente und in die Gewerkschaften einbezogene Geld auch zu gewerkschaftlichen Zwecken zu benutzen und die streikenden Mitglieder in ihrem berechtigten Kampf zu unterstützen. Hoffentlich wird den vernünftigen Schleifern, welche jetzt die Arbeit wieder bedingungslos aufnehmen, die Einsicht kommen, daß sie sich einer Organisation anschließen müssen, welche ihnen auch die Gewerbe ansetzt, daß sie in einem berechtigten Kampfe auch ganz unterstützt werden und daß sie ihre Geld nicht zu Parteizwecken hergeben müssen, und diese Organisation ist der christlich-sozialen Metallarbeiterverband.

Der „Reobachter“ weiß also, daß es nicht an Geld zur Weiterführung des Streiks gefehlt hat, er weiß auch ganz gut, daß der Verband der Metallarbeiter, der die streikenden Schleifer zu unterstützen hatte, mehr Geld hat, als die ganzen Koppelpes „Gewerkschaften“ zusammen. Der „Reobachter“ wußte ferner ganz gut, daß der Zugang Arbeitswilliger die Schuld daran trug, daß der Streik als ausfindiglos aufgehoben werden mußte. Aber anstatt diese ihm bekannten Tatsachen wiederzugeben, muß er häßlicher gegen die freien Gewerkschaften, um dann Proleten zu machen für den christlich-sozialen Metallarbeiterverband. Angesichts der Tatsache, daß gerade der Indifferentismus den Sieg der Arbeiterparte in vorliegenden Fälle verhindert hat, empfiehlt der „Reobachter“ den Arbeitern statt größerer Einigkeit und Geschlossenheit mehr Zerplitterung. Die Forderung, daß die streikenden Schleifer nun zum christlich-sozialen Metallarbeiterverband kommen werden, dürfte sich als trügerisch erweisen; jeder Verband mag den Verren Streikbrechern als Zulassungsliste dienen. Die „Christlichen“ sind ja, wie man das feinerzeit auch beim Maurerstreik gesehen hat, immer hinter den Streikbrechern her, um sie zu fangen. Wir können für die „Christlichen“, daß sie so viel Zuneigung zum Streikbrechertum bezeugen. Am liebsten mag sich der „Reobachter“ merken, daß über die Art und Weise der Verwendung der in die Gewerkschaftskassen fließenden Gelder die Gewerkschaftsmitglieder beschließen und daß sie jeder Verleumdung nach dieser Richtung seitens des „Reobachter“ entbehren können. Mit wem's der „Reobachter“ in Arbeiterfragen hält, weiß man nachgerade; verbissener und verlogener kann das schlimmste Scharfmacherblatt nicht gegen die Arbeiterbewegung anstampfen, als es der „Reobachter“ tut.

* Ueber die Beendigung des Schleiferstreiks urteilt der hiesige „Götterbote“-Korrespondent mit jener Verständnislosigkeit, die ihn in solchen Angelegenheiten fast stets auszeichnet. Nach ihm sind die im Streik unterliegenden Schleifer das Opfer sozialer Spekulationen auf dem „Kopfschlag“ der „Kopfschläger“. Gestatten wir uns, das nicht wohl bekannnen, als ob die Sozialdemokratie, um bei den Wahlen ihre Stimmenzahl zu vergrößern, kein besseres Mittel als die Zuzugewinnung von Streiks hätte! Ein klein bißchen Nachdenken hätte den Herrn vom „Götterboten“ zu der Überzeugung bringen müssen, daß seine Behauptung jedes Falles entbehrt. Allen Herr Simon hat es beim Zeitungsschreiben und Geldverdienen so weit gebracht, daß ihm das Denken ganz überflüssig erscheint. Allerdings fallen dann auch die Leistungen ganz darnach aus.

* Den Teilnehmern am närrischen Volkstest, das am Samstag Abend im großen Festhause abgehalten wird, ist zu empfehlen, die Eintrittskarten möglichst im Vorverkauf zu entnehmen, damit ein allzu großes Gedränge an der Kasse vermieden wird. Auch macht das Komtee darauf aufmerksam, daß närrische Kostümdarstellungen, die obligatorisch sind, am Saalengang in großer Anzahl erhältlich sind.

* Die hiesige Filiale des Landarbeiterverbandes hielt am Sonntag in der Restauration Wöhrlein ihre jährliche General-Versammlung ab. Der Bericht über das abgelaufene Jahr wurde vom Kollegen Bauer erstattet. Derselbe konnte erfreulicherweise berichten, daß die Organisation im verflohenen Jahre gute Fortschritte gemacht habe. Die Zahl der Mitglieder stieg von 38 auf 100. Der vom Kollegen Durst erlassene Kassenbericht wies eine Einnahme von 1233 M., eine Ausgabe von 977 M. und einem Ueberschuß von 246 M. aus. Auf Grund des Berichts der Revisoren wurde dem Vorstand Decharge erteilt. Sodann wurden die Wahlen vorgenommen, bei denen Bauer, Durst und Dahn als Beauftragte gewählt wurden. Ein Antrag betr. Erhöhung des Monatsbeitrages soll den Mitgliedern zur Erörterung unterbreitet werden. Ein Antrag betr. die Aufnahme der in Wöhrlein wohnenden Mitglieder der Restauration Wöhrlein bestimmt. Bei der Debatte über die Schließung der Wöhrlein'schen Fabrik sprachen die Anwesenden sich einmütig dahin aus, daß die Firma den gesetzlichen Vorschriften wohl hätte genügen können, aber die Löhne waren ihr zu hoch. Das beweist schon der Verkauf einer Fabrik in Wöhrlein, wo man glaubt, billigere Arbeitskräfte zu finden. Es wurde ein Antrag angenommen, laut welchem der Vorstand der Filiale sich mit dem Gewerkschaftsamt zur Durchführung eines Boykotts über die Firma A. Waier in Verbindung setzen soll. Darauf wurde die Versammlung mit einer Aufmunterung zur Agitation für den Verband geschlossen.

* Die Befestigung in den Straßen unserer Stadt ist mandmal eine sehr mangelhafte, insbesondere zur Winterzeit, von irgend einem Malheur betroffen zu werden. So fuhr am Montag Morgen in der Kurvenstraße ein Arbeiter mit seinem Rad auf einen Wildgärran auf und hat es nur dem Zufall zu danken, daß er nicht schweren Schaden litt. Wie und der betreffende

Man mittelst, hat auf der ganzen Strecke von der elektrischen Bahn bis zum Sonntagplatz eine einzige Laterne gebrannt. Wir hatten diese „Sparlampe“ für sehr unangebracht. Gerade in Stabteilern, in denen während der frühen Morgenstunden viele Arbeiter passieren müssen, sollte für eine ausreichende Beleuchtung unter allen Umständen gesorgt werden.

Spielelei mit bösen Folgen. Gestern Nachmittag wurde ein Bewohner des städtischen Stabteils in seiner Wohnung mit einer Schusswunde im Kopfe aufgefunden. Der Verletzte ist nach dem Tode eingetretener Reaktionen gestorben, wobei sich dieselbe entzündete. Die Beerdigung ist, wie es scheint, nicht erfolgt.

Wahlrecht, 11. Jan. In der heutigen Bürgerauskunftung vom 9. Januar. In der heutigen Bürgerauskunftung vom 9. Januar wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen, waren 9 Vertreter der Bürgervereine, die vom Bürgerausschuss angenommen waren, anwesend.

Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses die Bürgervereine begrüßt hatte, wurde über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung berichtet. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

Die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung wurde in der heutigen Sitzung des Ausschusses besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

Der „unpolitische“ Vorarbeiter. Der „Vorwärts“ rügte während der Tagung des preussischen Reichstages in sehr gelungener Weise die unpolitische Haltung der Vorarbeiter, die sich vor der Arbeit die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten.

Was ist nun das „politische“ Vorarbeiter? Der „Vorwärts“ rügte während der Tagung des preussischen Reichstages in sehr gelungener Weise die unpolitische Haltung der Vorarbeiter, die sich vor der Arbeit die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten.

Der „Vorwärts“ rügte während der Tagung des preussischen Reichstages in sehr gelungener Weise die unpolitische Haltung der Vorarbeiter, die sich vor der Arbeit die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten.

Der „Vorwärts“ rügte während der Tagung des preussischen Reichstages in sehr gelungener Weise die unpolitische Haltung der Vorarbeiter, die sich vor der Arbeit die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten.

Der „Vorwärts“ rügte während der Tagung des preussischen Reichstages in sehr gelungener Weise die unpolitische Haltung der Vorarbeiter, die sich vor der Arbeit die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten, die Söhne der Wohlhabenden zu leisten.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

10. Jan. In einer heftigen Diskussion wurde die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung besprochen. Der Herr Vorsitzende sprach über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde, und über die Angelegenheit der vollständigen Eingemeindung, die von dem Bürgerausschuss angenommen wurde.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Berlin, 10. Jan. Der Kaiser hat den Generälen Stissel und Rogi in Anerkennung der ihnen von ihren Truppen bei der Belagerung von Port Arthur bewiesenen heroischen Tapferkeit den Orden pour le Mérite verliehen und den Jaren sowie den Mikado um Zustimmung zu der Auszeichnung gebeten.

London, 10. Jan. Aus dem Hauptquartier des General Rogi wird dem Reichstages-Bureau vom 7. Januar berichtet: In der Unterhaltung, die der japanische Stabschef Hauptmann Tsunoda mit General Stissel hatte, um diesen mit einem Telegramm des Mikado betreffend die russischen Truppen bekannt zu machen, fragte Stissel, wo General Kuropatkin stehe. In der Nähe von Mukden, erwiderte Tsunoda. Stissel erklärte, daß er seit dem 6. Oktober, dem Tage, an welchem Kuropatkin ihm das halbtägige Treffen von Entsch ankündigte, ohne Nachricht gekommen sei. Ein aus Port Arthur ausgehender Chinese habe berichtet, Kuropatkin stehe bei Kinschun, 20 Meilen nördlich von Port Arthur. Die Mittelungen Tsunodas betreffend die Niederlage und den Rückzug Kuropatkins müßten unrichtig sein. Tsunoda berichtete sodann General Stissel genaue Einzelheiten und zeigte ihm auf der Karte die Stellungen der beiderseitigen Armeen am Schachod. Etwa 60000 Russen seien gefallen. Stissel fragte sodann nach dem Standpunkte der holländischen Flotte. Bei der Mitteilung Tsunodas, sie habe das Kap der Guten Hoffnung noch nicht umfahren, erlebte der General und rief verzweifelt aus: „Ohne Port Arthur ist es unmöglich, daß die Flotte ihren Weg fortsetze.“ Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung äußerte Stissel, daß nach dem Eintreffen der holländischen Geschiffe die Befestigungen unaltbar geworden seien. Die Angriffe des Krieges sei die, daß man in Russland die militärischen Eigenschaften und die Macht Japans unterschätze. Der erste Angriff auf Port Arthur sei verheerend gekommen. Die Garnison sei nur 200-300 Mann stark und die Befestigungen seien unvollendet gewesen. Der Verlust des Generals Kondratenko sei außerordentlich empfindlich gewesen. Er, Stissel, habe in drei Feldzügen dem Jaren gedient und dreimal sei er verwundet worden, einmal im kirchlichen Kriege, bei dem Voyer-Unternehmen und jetzt in Port Arthur. Er sei wohl berechtigt, nach Russland zurückzukehren, wofür er fünf Kinder von während der Belagerung erhaltenen Offizieren mitnehme. Nach der Unterhaltung äußerte Stissel, der Empfang habe ihm wohlgetan. General Rogi sei ihm mehr als Freund, denn als Sieger erschienen.

London, 10. Jan. Das Reichstages-Bureau meldet aus dem Hauptquartier Rogis vom 6. d. Mts.: In ausgedehnten Prozeduren langten die Teilnehmer der tapferen Belagerung von Port Arthur (5000 Mann) aus dem Lager an der Laibachstraße auf dem Bahnhof von Tschanglingfu an und wurden mit der Bahn nach Dalny befördert, von wo sie in Transporthampfern unmittelbar nach Japan weitergehen.

Die Gefangenenboten einen ergreifenden Anblick dar. Zuerst kamen auf einem von vier mageren Pferden gezogenen Wagen die Offiziere des Stabes an, die Uniformen marschieren an der Seite ihrer Soldaten. Die Furchen ihrer Ge-

Letzte Post.

Berlin, 10. Jan. Im heutigen Seniorenkonzert teilte Präsident Graf v. Ballestrem mit, daß der Reichstagespräsident ihn ermächtigt habe zu erklären, es sei Aussicht vorhanden, daß der Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn bis Ende dieser Woche zustandekommen werde. In diesem Falle sei für die Durchleitung im Ausnahmefall von etwa acht Tagen zu erwarten, jedoch der Handelsvertrag in etwa vierzehn Tagen vor dem Reichstag kommen wird. Zu gleicher Zeit würden auch die Verträge mit den anderen Tarifvertragsstaaten vorgelegt werden.

W. Bochum, 11. Jan. Für die nächsten Tage sind in Langendreer Versammlungen von Bergmannsfrauen geplant.

W. Dortmund, 11. Jan. Der Ausstand hat das ganze Revier ergriffen. Es streiken mehr als 30000 Mann. Mehr als 25 Schächte liegen bereits still.

Paris, 10. Jan. Die Hull-Kommission hielt heute Vormittag, wie von Eingeweihten berichtet wird, eine recht lebhaft abgelaufene Sitzung über die Regelung der weiteren Einzelheiten ihrer Geschäftsordnung ab. Der Vertreter Englands war der Meinung, daß ihm als Vertreter der flagranten Partei, sowohl bei der Debatte wie bei den Jüngeren, zuerf das Wort erteilt werden müsse. Der Vertreter Russlands bewahrte sich energisch dagegen, daß seiner Regierung die Rolle eines Angeklagten zugesprochen werde. Er protestierte dagegen, daß die öffentliche Meinung Europas und besonders diejenige Englands selbst, zu ungünstigen Aufstellungen beeinflusst werden könnte, und betonte, daß Russland in erster Linie den Anspruch habe, die nötigen Aufklärungen zu liefern. Schließlich entschied jedoch die Kommission, daß die Engländer zuerst das Wort erhalten sollen.

Die Kommission legt morgen ihre Beratungen fort. Zu den künftigen öffentlichen Sitzungen werden auch der japanischen Gesandtschaft Karten zur Verfügung gestellt werden.

W. Petersburg, 11. Jan. In einer gestrigen Sitzung des Ministeriums wurde über die Presse die interessanten Fragen verhandelt, so weit sie zusammenhängen mit dem kaiserlichen Erlaß vom 25. Dezember. Die Beratungen hierüber müssen in der auf den 13. Januar anberaumten Sitzung zu Ende geführt werden.

Ein Erfolg der Gegenseite des Ministeriums Combes.

Paris, 10. Jan. Die Kammer eröffnet ihre Tagung unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Bourgeois, eines konservativen Abgeordneten, der eine wenig verständliche Begrüßungsansprache hält.

W. Stockholm, 10. Jan. Die Kammer zur Wahl des definitiven Präsidenten. Der bisherige Präsident Briffon erhält 240, sein Gegner Doumer 205 Stimmen; letzterer ist somit gewählt.

In den Wandbelangen der Kammer ruft dieses Resultat eine lebhaftere Erregung hervor. Die Abgeordneten und Journalisten der Opposition brechen in lebhaften Jubel aus. Man erblickt in der Wahl Doumers besonders eine Niederlage der Freimaurerloge und ihrer Politik, zu deren hervorragendsten Vertretern Briffon zählt.

Verbandsanzeiger.

Nürnberg, (Arbeiter-Vereine.) Sonntag den 15. Jan., mittags 1 Uhr, Generalversammlung im Gasthaus zur „Linde“. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

S. P. Offenbg., heute 5. T. 111

Briefkasten.

H. G. Beim vorjährigen natürlichen Vollsatz war der Eintrittspreis der gleiche wie in diesem Jahre, 1 M. für Herren, 50 Pf. für Damen.

E. J., hier. Die Zurückgabe des Geheimes laim in diesem Falle die Herrschaft nicht verlangen. Eine Veröffentlichung ist möglich, wenn Garantien für wahrheitsgetreue Darstellung gegeben sind.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Redaktionen: Politische Arbeiter, Parteianzeiger, Was Baden, Reutem und Telegramme; W. H. K. K. für den hiesigen Teil; Albert Billi; für die Anzeiger: Karl Giegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Ged. u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Deutscher Reichstag.

(114. Sitzung.)
Berlin, 10. Januar.
Am Bundesratstag Kommissar.
Präsident Graf v. Ballestrem eröffnet die Sitzung 9 Uhr 20 Minuten mit dem Wunsch eines glücklichen Neuen Jahres.
Es folgt die Beratung der vom Etat für 1904 gestellten Resolutionen und zwar zunächst die Resolution v. Salbern betreffend Abänderung des Inhaberversehrungsgegesetzes in dem Sinne, daß die Renten auch

